



„Mitten im Winter rüttelt ein Herbststurm
an der Hand voll roter Klinkerhäuser.“

Deutsch für deutsche Leser in der „Zeit“

Rechtschreibung – was nun?

Von Wolfgang Steinbrecht

In einer vom Kultusministerium herausgegebenen Denkschrift „Orientierungsrahmen Schulqualität in Niedersachsen“ kann man folgenden Satz lesen: „Die Lehrkräfte wenden im Unterricht verschiedene, situations- und Aufgaben angemessene Unterrichtsformen an.“ Die Verfasser haben hier in Anpassung an die reformierte Rechtschreibung eine Wortverbindung – „situationsangemessen“ – getrennt und ein unverbundenes Element – „Aufgaben“ – zwischengestellt. Auf eine solche aberwitzige Idee kann man nur kommen, wenn ein Rest des Gefühls verblieben ist, daß situations- und „Aufgaben“ eigentlich gleichartige Glieder sind. Und in der Tat, sie sind es. Das n in „Aufgaben“ ist kein Pluralmorphem, die einzig denkbare Begründung für Selbständigkeit. Es ist ein überleitender Konsonant analog zu dem n in „Rentenbescheid“, wo es nur um *eine* Rente geht, und analog auch zu dem s in „situations-“, „Alle Logik spricht deshalb dafür, in dem zitierten Satz die Rechtschreibung „aufgabenangemessene“ zu benutzen. An sprachlicher Eleganz wäre dadurch allerdings nichts gewonnen. Das scheußliche Bürokratendeutsch, das falsch gesetzte Komma inklusive, träte nur noch deutlicher hervor.

Es sind Fälle wie diese, die den Leser reformiert verfaßter Texte ständig kränken. Die Kränkung nimmt noch zu, wenn man auf das Impressum schaut. Hier schreibt nicht irgendwer. Die Verfasser sind hochrangige Vertreter des Kultusministeriums, des NLI und einiger Bezirksregierungen. Es ist deprimierend zu sehen, wie bedenkenlos Angehörige der Bildungsschicht der deutschen Sprache Gewalt antun, nur weil sie meinen, sie seien das der reformierten Rechtschreibung schuldig.

Die Rechtschreibreform ist wie nie zuvor ins Gerede gekommen, seit die wichtigsten deutschen Zeitungsverlage zur traditionellen Rechtschreibung zurückgekehrt sind und so mit dem Buchmarkt gleichgezogen haben, der außer in Jugend- und Schulbüchern die Reform weitgehend ignoriert hatte. Der Paukenschlag von Ministerpräsident Wulff wirkte zusätzlich resonanzverstärkend. Die amtlichen Entscheidungsträger sind von dieser gesellschaftlichen Unruhe merkwürdig unberührt. Hier spielen Machtverhältnisse, Gesichtswahrung und andere Faktoren eine Rolle, die mit Rechtschreibung im engeren Sinn nichts zu tun haben. Aber wenn man in diverse gesellschaftliche Gruppen hineinlauscht, kann man feststellen, daß die Gegensätze sich verschärft haben. Die Unzufriedenheit mit der Reform artikuliert sich stärker als zuvor.

Die Meinung in der Lehrerschaft ist geteilt. Verlässliche Umfragen zum Meinungsbild gibt es nicht, so daß man auf subjektive Eindrücke angewiesen ist. Mit Sicherheit kann man sagen, daß Rechtschreibung ein Unruhepotential darstellt und daß die reformierte Schreibung nicht der problemlose Selbstläufer ist, wie es die Kultusminister gern hätten. Es gibt Befürworter und Gegner der neuen Schreibung, und es gibt wohl vor allen Dingen auch Zweifler, die sich ein größeres Maß an Verlässlichkeit und Durchschaubarkeit wünschen.

Die Verbandsspitzen bieten ein Bild der Polarisierung. Der Deutsche Lehrerverband hat sich dezidiert gegen die Reform ausgesprochen, der Deutsche Philologenverband dafür. Die Landesverbände des Philologenverbands haben sich in der Mehrzahl nicht *expressis verbis* dazu geäußert. Die Länder der Südschiene plus Nordrhein-Westfalen haben den Deutschen Philologenverband unterstützt, während Niedersachsen zu den Reformgegnern gehört und mit Ministerpräsident Wulff konform geht. Kultusminister Busemann ist in die Linie seiner Regierung eingebunden. In einer Presseerklärung ließ er verlauten: „Sprache und Rechtschreibung sind etwas Fließendes, das man dem Volk nicht mit einem Beschluß verordnen kann.“ Das ist wohlthuend richtig. Aber wie wir sehen werden, hat eine solche Erkenntnis für die Mühlen der Kultusministerkonferenz keine Bedeutung.

Die Meinungen der Spitzen der Lehrerverbände sind durch Presseerklärungen in die Öffentlichkeit getragen worden. Was Lehrerverbände zu einer so strittigen Frage sagen, spielt seismographisch durchaus eine Rolle. Den Verbandsmitgliedern kann es deshalb nicht egal sein, wie sich die Spitzen äußern. Sie wollen ihre Meinung vertreten sehen. Wenn kontroverse Meinungen aufeinanderprallen, muß die Kontroverse ausgetragen werden – in der gleichen öffentlichen Form, wie die Diskussion ohnehin öffentlich geworden ist.

Eindruck der Absprache

Die Presseerklärungen des Deutschen Philologenverbands und der Landesverbände, die an der Reform festhalten wollen, enthalten eine so ähnliche Argumentationskette, daß sich der Eindruck der Absprache aufdrängt. Als erstes wird die Kostenfrage aufgeworfen. Eine Rücknahme der Reform käme zu teuer, wir könnten sie uns finanziell nicht leisten. Dieses Argument wird verständlicherweise vehement von den Jugend- und Schulbuchverlagen unterstützt, die ihre unternehmerischen Interessen einbringen. Unternehmerische Interessen einer einzelnen Branche sind jedoch kein guter Ratgeber für gesellschaftlich relevante Entscheidungen. Falsche gesamtgesellschaftliche Entscheidungen pflegen in sich kostenträchtig zu sein, wobei Kosten durch verdeckte Kollateralschäden entstehen können und der Öffentlichkeit nicht bewußt werden. Ein Fallbeispiel in unserem Kontext wäre Deutsch als Fremdsprache. Die Stimmen ausländischer Germanisten zur Rechtschreibreform werden bei uns so gut wie nicht wahrgenommen. Auch Juristen melden sich immer wieder zu Wort und stellen beharrlich die Frage nach der Kompatibilität der reformierten Rechtschreibung mit Gesetzestexten. Teuer könnte auf die Dauer nicht die Rücknahme der Reform sein, sondern deren Beibehaltung.

Als nächstes Argument wird das Wohl der Kinder beschworen. Man dürfe den Konflikt nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler austragen, eine erneute Umstellung der Regeln sei nicht zu vermitteln. Die Rücknahme der Reform wird als Horrorszenario entfaltet: Einer ganzen Schülergeneration würde dadurch ein systematisch aufbauender Rechtschreibunterricht vorenthalten, ältere Schüler müßten sogar zum zweiten Mal umlernen. Auch zur Basisdemokratie wird aufgerufen: „Statt die Menschen zu fragen, die gar nicht umlernen müssen, also die große Bevölkerungsmehrheit, sollte man lieber eine repräsentative Befragung der Schülerinnen und Schüler durchführen.“

Dem Zeitzeugen kommen Erinnerungen. Wie war das doch bei der Einführung der Rechtschreibreform? Wurde uns da nicht mit beredter Zunge erklärt, die Reform betreffe nur einen minimalen Prozentsatz der Schreibung, das Umlernen sei gar nicht so schlimm? Soll das auf einmal nicht mehr gelten, wo eine Rücknahme der Reform ins Gespräch gekommen ist? Aber ob mehr oder weniger umgelernt werden müßte: Wer so argumentiert, unterschätzt unsere Schülerinnen und Schüler. Natürlich würden sie eine erneute Umstellung wegstecken, so wie sie andere Reformen weggesteckt haben, an denen wahrlich kein Mangel war. Man müßte ihnen allerdings bei der Gelegenheit sagen, wer für die Reform verantwortlich war. Das hätte mancher nicht so gern.

Der dritte wiederkehrende Gedanke in der Argumentation gegen eine Rücknahme der Reform ist das Plädoyer für eine Versachlichung der Diskussion und „gegen eine weitere Emotionalisierung der Auseinandersetzung“. Wohlan denn, Sachlichkeit haben wir zu bieten. Der Philologenverband Nordrhein-Westfalen beginnt eine Presseerklärung vom letzten August, nachzulesen in „Profil“ 9/2004, folgendermaßen: „Es dürfte bei einer Rücknahme der Rechtschreibreform ausgesprochen schwierig sein, zwölf Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland zum Beispiel plausibel zu machen, daß es ab sofort sinnvoller ist, ‚Fluß‘ mit ‚ß‘, ‚Klasse‘ aber mit ‚ss‘ zu schreiben, stehen doch beide stimmlosen s-Laute nach einem kurzen Vokal. Nach der alten Regel mußte man prüfen, ob dem stimmlosen s-Laut ein weiterer Laut folgt, dann, ob es sich dabei um einen Vokal oder einen Konsonanten handelt (ihr wißt – sie wissen). Den tieferen Sinn der Rückkehr zu der unnötig komplizierten alten Regel werden unsere Schülerinnen und Schüler kaum verstehen.“

Zur Versachlichung hätte es beigetragen, wenn man die traditionelle ss/ß-Schreibung so einfach dargestellt hätte, wie sie wirklich war: Nach kurzen Vokalen wird ss am Silbenende zu ß. Was ein Silbenende ist, war niemals ein Problem. Man brauchte sich ein Wort nur vorzusprechen. Der Unterschied etwa zwischen „Messerspitze“ und „Meßergebnis“ ist für den deutschen Muttersprachler hörbar, und in dem Wort „Bewußtsein“ – ein Beispiel für Konsonant nach ß – ist das Silbenende nicht minder eindeutig. Man muß den Reformern zugute halten, daß sie für ihre ss/ß-Regelung nicht von einer solchen Wahnsinnsregel ausgingen wie der oben zitierten. Ihr Anliegen war vielmehr das Stammprinzip: Im gleichen Wort wird, auch bei grammatischen Abwandlungen, immer einheitlich ss oder ß geschrieben (Fluss – Flüsse; Fuß – Füße).

Aber auch das geht nicht lückenlos auf. Man kann vereinheitlichen: ihr wisst – sie wissen. Der Störfaktor „ich weiß“ ist damit nicht vom Tisch. ß nach kurzen Vokalen am Silbenende ist dagegen eine Regel ohne Ausnahme, die unabhängig von historischen Unregelmäßigkeiten anwendbar ist.

Angebot von Nachbesserungen

Das vierte wiederkehrende Argument der Befürworter der Reform ist das Angebot eines Kompromisses. Daß die Rechtschreibreform in ihrer ursprünglichen Form langfristig nicht zu halten ist, dürfte inzwischen jedem denkenden Menschen klar sein. Zur Gesichtswahrung wird deshalb versucht, bestimmte Teile gezielt zu opfern, um auf der anderen Seite so viele Bestandteile zu retten, daß der Anschein einer Rücknahme vermieden werden kann. Zur Strategie gehört es, das Opfer nicht als solches zu bezeichnen, sondern von „Nachbesserungen“ zu reden. Das klingt dann so, als ob nirgends eine eigentliche Rücknahme anstünde, sondern nur ein paar Ungereimtheiten auszuräumen seien.

Das, was von der Reform unbedingt erhalten werden soll, wird andererseits als „bewährt“ oder als „unumstritten“ bezeichnet, um es von vornherein aus der Diskussion herauszuhalten. An erster Stelle steht dabei immer die ss/ß-Regelung, wegen der hohen Häufigkeit des Vorkommens das Flaggschiff der Reform. Diese Regelung soll hier noch einmal unter dem Aspekt unter die Lupe genommen werden, was es denn mit der Bewährung auf sich hat.

Zunächst ist festzuhalten, daß Bewährung nicht gleichbedeutend damit ist, daß eine bestimmte Berufsgruppe, zum Beispiel Lehrer, die reformierte ss/ß-Regelung anwendet oder daß selbsternannte Autoritäten ihr das Gütesiegel verliehen haben. Bewährung würde vielmehr bedeuten, daß die Sprachgemeinschaft sich flächendeckend auf diese Regelung umgestellt hat – in der Gesamtheit ihrer Druckerzeugnisse und in jeden privaten Alltag hineinreichend. Davon sind wir zur Zeit weit entfernt.

Mit Bewährung kann aber auch gemeint sein, daß die neue ss/ß-Regelung sich trotz zögerlicher Akzeptanz als sachlich überlegen erwiesen hat. Auch hiervon kann nicht die Rede sein. Sie hat bei

den Schreibern erkennbar zur Versunsicherung geführt – im Zweifelsfall entscheiden sie sich für ss – und die ehemals eindeutige Differenzierung zwischen ss und ß aufgeweicht. Die Versunsicherung rührt daher, daß gegenüber der traditionellen Rechtschreibung, die mit zwei graphischen Zeichen – s und ß – für s als Silbenschluslaut auskommt, nun zwischen drei Zeichen – s, ss und ß – differenziert werden muß. Das vergrößert die Fehleranfälligkeit allein schon nach der statistischen Wahrscheinlichkeit. Vor allen Dingen aber muß nachhaltig in Erinnerung gerufen werden, daß Rechtschreibung dem Leser zu dienen hat. Für den Lesefluß spielt neben der formalen Eindeutigkeit das Wortbild eine Rolle. Es ist durchaus nicht ohne Bedeutung, ob man durch ß ein Signal für Silbenschlus erhält oder nicht – etwa in „Mißerfolg“ versus „Misserfolg“. Noch deutlicher wird das in Fällen wie „Mißstand“/„Schlußstrich“ versus „Missstand“/„Schlusstrich“, wo drei Konsonanten aufeinanderstoßen. Die Reformer haben die Dreifachkonsonanz auch in anderen Verbindungen in die Rechtschreibung zurückgeholt – „Betttuch“, „Schiffahrt“. Logik ging ihnen über Lesbarkeit. Was das Auge zu sortieren hat, war ihnen einerlei. So konnten sie beispielsweise auch keinen Sinn dafür haben, daß in der Konjunktion „daß“ durch die Umstellung auf „dass“ die Oberlänge als unterscheidendes Merkmal verschwunden ist und dieses kleine, aber feine Signal nicht mehr wirksam werden kann. Die Behauptung, die neue ss/ß-Regelung habe sich bewährt, ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist.

Nun zu der Frage der Nachbesserung. Als einziger Brocken wird in allen einschlägigen Presseerklärungen die Getrennt- und Zusammenschreibung zum Fraß hingeworfen. Hier ist allerdings mit „Nachbessern“ nichts zu retten. Dieses Stück der Reform ist derart mißlungen, daß außer der totalen Rücknahme keine Reparatur denkbar ist. Das liegt vor allen Dingen daran, daß die Reformer versucht hatten, die Getrennt- und Zusammenschreibung über geschlossene Listen zu reglementieren. Die Benutzer der reformierten Rechtschreibung standen deshalb unter dem ständigen Zwang, Wortverbindungen zu trennen, die durch die geschlossenen Listen nicht erfaßt waren. Es gibt inzwischen eine umfangreiche Literatur darüber, wie dilettantisch diese Listen konzipiert waren. Aber dilettantisch oder nicht, der Grundsatzirrtum der Reformer waren die geschlossenen Listen als solche. In der traditionellen Rechtschreibung beruht die Möglichkeit der Zusammenschreibung auf einem flexiblen Prinzip. Neue Wortverbindungen, die in einer lebendigen Sprache ständig entstehen, können nach diesem Prinzip geschrieben werden, ohne daß man gegen den Geist der Rechtschreibung verstößt.

Seit 1995 ist in diesem Bereich zu beobachten, daß nach einem anfänglichen Chaos die Mehrzahl der Schreiber Stück für Stück zu den traditionellen Prinzipien zurückgekehrt ist. Selbst in den Verlautbarungen des Deutschen Philologenverbands findet man inzwischen Wortformen wie „weitgehend“ und „schwerwiegend“. Nur in Papieren, wo der amtliche Charakter besonders betont wird, wird die reformierte Getrennt- und Zusammenschreibung noch penibel beachtet. Ansonsten schreitet die Erosion fort.

Verschwiegene Bereiche

Es verwundert, daß in den einschlägigen Verlautbarungen zur Rettung der Reform beharrlich verschwiegen wird, daß es noch weitere gravierende Problembereiche gibt. Die reformierten Regelungen der Groß- und Kleinschreibung, der Zeichensetzung und der Silbentrennung sind nicht minder problematisch als die Getrennt- und Zusammenschreibung. Dazu kommen diverse dubiose Einzelwortregelungen, wozu die berüchtigten Etymogeleyen vom Typ „Quäntchen“, „Tollpatsch“ und „belämmert“ gehören. Würde man allerdings auch hier Nachbesserungen anbieten, wäre das als Signal zu verstehen, daß die Reform als Ganzes zur Disposition stehe. Insofern ist das Verschweigen nachvollziehbar. Die reformierte Groß- und Kleinschreibung ist ein ähnlich folgenschwerer Bereich wie die Getrennt- und Zusammenschreibung. Erosion und Überanpassung gehen hier bunt durcheinander. In Presseorganen findet man Schreibungen wie „Es ist am Schlimmsten/am Besten ...“, „Sie wird erst langsam zu Lachen aufhören“, „Sie machen von sich Reden“, „Wie Recht sie

haben“, „Er blieb Zeit seines Lebens ...“. Bei der Zeichensetzung ist dagegen die Erosion total. Die reformierte Interpunktion hat sich so unaufhaltsam wie unauffällig verabschiedet. Viele Presseorgane hatten sich ihr von vornherein verweigert. Die Verweigerung erstreckt sich inzwischen über die Breite der Druckerzeugnisse. Selbst „Profil“ ist davon nicht mehr ausgenommen, obwohl der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes noch im Herbst 2003 die Vorteile der reformierten Interpunktion gepriesen hatte.

Erosion findet nicht nur in der Schreibpraxis statt. Sie ist auch innerhalb des Systems, in den Nachschlagewerken, zu beobachten. Seit der Einführung der Reform wurde hier ständig nachgebessert. Diese Nachbesserungen erfolgten in der Regel nicht durch Rücknahme von Ungereimtheiten, sondern durch Freigabe der traditionellen Schreibung als Variante, so daß niemals der Eindruck entstehen konnte, die Reform werde konzeptionell angetastet. Kleine Stolpersteine sorgen dafür, daß der Schreibende nicht etwa zu selbständig entscheidet. So darf neben „Leid tun“ wieder „leidtun“ geschrieben werden, aber nicht die traditionelle Form „leid tun“. Warum, wird nicht erklärt. Es ist so, basta. Durch diese Veränderungen sind die Duden-Regelungen von 1996 nicht mehr die gleichen wie die von 2004. Es ist nicht vorstellbar, daß dieser Prozeß durch die willkürlich gesetzte Zäsur von 2005 zum Stillstand kommt.

Es fragt sich, wie es nun weitergeht. Wir haben erlebt, wie sich die Ministerpräsidenten des Themas Rechtschreibung bemächtigten. Ministerpräsident Wulff bewies dabei als einziger Mannesmut. Er mußte erfahren, wie eng der politische Spielraum ist. Es war nicht zu erwarten, daß sich die Runde der Ministerpräsidenten anders verhalten würde als die Kultusminister. Es sind ja die gleichen politischen Kräfte, die da aufeinandertreffen. Die Rücknahme der Reform stand nie ernsthaft zur Debatte. Einen kurzen historischen Moment schien ein Kompromiß in der Luft zu liegen, mit aller Problematik, die in dem Begriff enthalten ist. Ministerpräsident Stoiber gebrauchte das Wort. Danach wanderte das Thema zurück zu den Kultusministern, und die beschlossen, die Übergangszeit wie geplant am 31. Juli 2005 zu beenden und die neue Rechtschreibung verbindlich zu machen. Als „Angebot an die Reformgegner“ wird ein „Rat für deutsche Rechtschreibung“ gegründet, der alles Weitere richten soll.

Der „Rat für deutsche Rechtschreibung“ wird nichts daran ändern können, daß die Rechtschreibreform seit ihrer Einführung eine Geschichte von Pannen und Pleiten war, vor der Toll Collect verblaßt. Es gab zu keinem Zeitpunkt eine funktionierende Stabilität. Bis in die jüngste Vergangenheit stolpert der Leser über Schreibungen, die ihn am eigenen Verstand zweifeln lassen: „Als Solistin gab sie schon viele Beifall umrauschte Konzerte“, „Europa wird von Sessel furzenden Beamten blockiert“, „In der EU ist die demokratische Gesetzgebung Not leidend“, „Wer es nicht ganz nach oben schafft, ist nicht immer selbst Schuld daran“, „Zwischendrin steht er Denkmal artig vor der Kulisse der erleuchteten Reichstagskuppel“ – alles authentische Zitate aus deutschen Zeitungen. Das meiste dieses Typs entsteht durch Hyperkorrektheit. Es mag vielleicht nicht immer von den Reformern so gewollt sein. Aber es reicht, daß professionelle Journalisten meinen, es sei so gewollt. Die Unsinnigkeiten gehen in jedem Fall auf das Konto der Reform. Die Wurzeln der Rechtschreibreform reichen zurück in jene Zeit, als der Reformeifer nicht Renten- oder Gesundheitssystemen galt, sondern gleich die ganze Gesellschaft ins Visier nahm. Sprache galt als Herrschaftsinstrument, dessen Macht auf dem Weg in die egalitäre Gesellschaft zu brechen war. Folgerichtig setzten die Reformen bei der Rechtschreibung an und versuchten, die Hürden auf dem Weg zur höheren Bildung zu senken. Bei den Kultusministern klang das in verwässerter Form noch durch: Die Reform habe für die Schüler Erleichterungen gebracht, die Fehlerzahl sei minimiert. Heute ist es fast peinlich, daran noch zu erinnern. Dieses zentrale Herzstück der Reform ist derart mißlungen, daß es aus der Diskussion ganz herausgenommen ist.

Alle Zeichen der Zeit deuten darauf hin, daß in Sachen Rechtschreibung nichts so bleiben wird, wie es einmal war und wie es derzeit ist. Die Deutschen werden in den kommenden Jahren weiterhin

mit zwei Systemen umgehen, die miteinander konkurrieren und die sich wechselseitig beeinflussen werden. Durchsetzen wird sich das System, das die größere Folgerichtigkeit und die größere Ausstrahlung hat. Bis das geschehen sein wird, wird noch ein Stück Weg vor uns liegen. Diejenigen, die von Amts und Berufs wegen gehalten sind, die reformierte Rechtschreibung zu benutzen, stehen nun nicht mehr unter dem moralischen Druck der totalen Anpassung, in der viel Überanpassung enthalten war. Unbefangenheit ist angesagt. Speziell die Lehrer haben eine Verantwortung für das Kulturgut Sprache. Die Freiräume, die durch die Erosion der Reform entstanden sind, sind dehnbar geworden. Wir sollten sie zum Wohl unserer Schüler nutzen. Jeder von uns ist mitbeteiligt an der Entwicklung. In weiteren zehn Jahren wird man erneut Bilanz ziehen.

VERGLEICHSARBEITEN

Auszüge aus Schüleraufsätzen aus den Jahren 1937 und 2004, Gymnasium Jahrgang 5. Rechtschreibung und Zeichensetzung sind originalgetreu übernommen.

1937

Das Altmetall wird gesammelt, und kommt in die Fabriken. Altmetall ist: Blei und Kupfer und Zink usw. Auch Knochen ist Altmaterial. Das Altmetall kommt in einen Schmelzofen, und dann schmilzt das Blei, wenn eine kleine Temperatur ist, ungefähr 100 und 150°, dann das Zinn und das Zink und Kupfer usw. Unten kommt es dann beim Schmelzofen heraus. Dann wird es noch einmal geschmolzen und flüssig in Formen gegossen. Jetzt kommt es als Blöcke wieder heraus. Das Metall kam also unsortiert in den Ofen und kommt neu und sortiert wieder aus dem Ofen heraus...

2004

... Wir gingen weiter und hörten immer wieder ein leises knuren und kuitschen. Svenja meinte sie hörte sogar Geister aber es könnte ja stimmen, aber das glaube ich nich. Später als wir uns hingelegt und die Kerze ausgemacht hatten, hörte ich wider soein kuitschen und knoren. Aber was war das da kamm eine Weisegestalt und mir lifes eiskalt den Rücken runter. Sie fragte uns mit einer pipsigen stimme: „Wer seit ihr und was macht ihr in meinem Haus?“ „Wir wusten garnicht das das Haus jemanden gehört“! stoterte ich. „Dann macht das ihr wegkommt sonst mein Vater und das kann großen Erger geben“ flüstert die Weisegestalt. Da verschwand er wider ...